

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Drebbünderstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 24. Juni 1931

Nummer 50

Allen Gewalten zum Trub sich erhalten!

Die „Neureglung der Beiträge und Unterstützungen“, die durch den Verbandsvorstand in voriger Nummer offiziell verkündet wurde und ab 28. Juni 1931 in Kraft treten wird, bedeutet für alle Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, für die arbeitenden sowohl als auch für die im Unterstufungsbezugs stehenden Kollegen eine große wirtschaftliche Belastung. Es werden dadurch der ordentliche Verbandsbeitrag von bisher 2 M. wöchentlich um 40 Pf. oder um 20 Proz., die wöchentlichen Extrabeiträge von 30 auf 40 Pf. oder um 33 1/2 Proz. erhöht und die Tagesätze in den einzelnen Unterstützungsweigen (Reisen, Orts-, Kranken- und Invalidenunterstützung und Begräbnisgeld) um durchschnittlich 10 Proz. gekürzt. Die Neureglung der Notstandsunterstützung für ausgesetzte Kollegen mußte notwendigerweise einschneidender sein, da diese außerordentliche Hilfe außerhalb der satzungsgemäßen Verpflichtungen steht und unter besonderer Berücksichtigung ihrer Dauer eine Leistung darstellt, die bisher von keiner anderen freien Gewerkschaft in gleicher oder ähnlicher Weise auf sich genommen wurde. Leider darf auch nicht verschwiegen werden, daß gerade die Notstandsunterstützung infolge ihrer Unbegrenztheit gewisse Schattenseiten ergeben hat, die sich einer öffentlichen Erörterung entziehen.

In ersten und langen Beratungen hat der Verbandsvorstand am 17. Juni alle Meinungsäußerungen der Gauvorstände und Hunderte von Zuschriften aus Mitgliederkreisen einschließlich der öffentlichen Aussprache im „Korr.“ auf ihre Zweckmäßigkeit im Sinne der geringsten Belastung aller Kollegen geprüft und sich erst nach allseitiger Erkenntnis, daß nur die Verteilung der gemeinsamen Last auf alle Kollegen der gerechteste und gangbarste Ausweg bleibe, einstimmig für diese Lösung ausgesprochen. Es blieben nach Berücksichtigung aller Möglichkeiten und Konsequenzen auf dem Beitrags- und Unterstützungsgebiet nur noch der Weg und die Pflicht übrig, das bereits vorhandene Defizit in der Verbandskasse nicht noch zu vergrößern und die weiteren Ausgaben durch entsprechende Einnahmen zu decken. Das war nur durch eine auch für schwächere Schultern eben noch tragbare Beitragserhöhung um insgesamt 50 Pf. (40 Pf. ordentlicher Beitrag und 10 Pf. Extrabeitrag) und durch eine die Notlage der Unterstützungsempfänger relativ stärker berücksichtigende Ermäßigung der Tagesätze möglich; wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß sowohl für eine noch höhere Beitragsleistung aus den Kreisen der noch in Arbeit stehenden Kollegen wie auch für eine noch höhere Opferwilligkeit unterstützter Kollegen in allen Versicherungsweigen sprechende Anregungen eingegangen waren.

So kam nach vielen Berechnungen allmählich eine Vorlage zustande, von der schließlich alle Mitglieder des Verbandsvorstandes trotz vorheriger in Einzelheiten abweichender Meinungen überzeugt waren, daß ein anderer Weg nicht gegangen werden konnte. Da die jetzt getroffene Regelung selbstverständlich nur als ein Provisorium bis zum nächsten Verbandstag gelten kann, dürfte es in Anbetracht aller in Frage kommenden Erwägungen keinen praktischen Wert haben, ohne erst besondere Erfahrungen aus der jetzt getroffenen Zwischenlösung abzuwarten, zu Einzelheiten noch weiter kritisch Stellung zu nehmen. Aus dem dem Verbandsvorstand in geradezu überwältigender Fülle vorliegenden Material aus allen Gauen und Kollegenkreisen für das zu lösende Problem war und ist nur

zu schließen, daß sowohl in der Beitragsfrage wie im Unterstützungsweisen mit der jetzigen Lösung der sogenannte goldene Mittelweg gefunden wurde, der nur auf die Gefahr hin, die jetzt auf alle Schultern relativ gleichmäßig verteilten Lasten einseitig zu verschieben, verlassen werden könnte. Die Höherentlohn haben nach der Neureglung die von allen Maßnahmen prozentual höchste Belastung erfahren, weil sonst den Mindereentlohn mit noch viel empfindlicheren Entbehrungen eine weitergehende allgemeine Beitragserhöhung hätte auferlegt werden müssen. So nahe es zu liegen scheint, daß bezüglich der Höherentlohn noch eine weitere Steigerung des Extrabeitrages und seiner Staffeln möglich wäre, darf man doch in dieser Frage nicht übersehen, daß es sich hier im allgemeinen wie im besondern um Beitragszahler handelt, von denen ein großer Teil die Unterstützungsleistungen des Verbandes fast gar nicht in Anspruch zu nehmen gezwungen ist. Auch fehlt der Organisation die Möglichkeit, besonderen höheren Beitragsleistungen entsprechend höhere Leistungen gegenüberzustellen; weshalb sich die Leistung noch höherer Extrabeiträge mehr auf kollegiale Verbundenheit als auf rein materielle Überlegungen stützen muß. Diese kollegiale Verbundenheit ist in unfern Reihen gewiß nicht gering; sie kann trotz zeitweiser Einbußen immer noch als musterhaftig bewertet werden. Aber der Grad ihrer finanziellen Belastung wird auf die Dauer trotzdem nicht beliebig gesteigert werden können, wenn nicht die Zahl der sogenannten guten Unterstützungsrisiken ohne Not verringert werden soll. Es gingen in dieser Beziehung dem Verbandsvorstande wie der Schriftleitung des „Korr.“ nicht wenige Mahnungen zu, ebenso nicht wenige Forderungen gegenteiliger Richtung. Beide Erscheinungen zeigten nur, daß sie für die Verbandskasse von sehr zweifelhafter Wirkung sein könnten; weshalb es nur zu begrüssen sein wird, wenn, wie angenommen, aus der jetzigen Regelung der Extrabeitragsfrage und besonders ihrer Staffeln wenigstens stärkere Belastungen, die infolge der langwährenden Arbeitslosigkeit aus der Notstandsunterstützung erwachsen, gedeckt werden können.

Daß für den Verbandsvorstand eine Neureglung der Unterstützungsätze eine nicht minder schwere Aufgabe war als jene der Beitragsfrage, braucht wohl kaum näher begründet zu werden. Auf der einen Seite die glatte Unmöglichkeit, die gesamte Steigerung der Unterstützungsleistungen nur durch Beitragserhöhung auszugleichen, auf der anderen Seite die Gefahr einer allmählichen, aber sicheren Aufzehrung der finanziellen Widerstandskraft des Verbandes! Das war die unerbittliche Zwangslage, vor die der Verbandsvorstand gestellt war. In der Beitragsfrage hat er die schon erwähnte Lösung mit etwa zu einem Drittel der Gesamtlast durch die Beitragserhöhung für die noch in Arbeit stehenden Kollegen gefunden und mit ungefähr nur einem Drittel durch die Herabsetzung der Unterstützungsätze. In der Beitragsfrage gehen wir wohl nicht fehl, wenn wir schätzen, daß der größte Teil aller Kollegen nicht mit einer geringeren Erhöhung gerechnet hat, und daß schließlich auch der Teil der Kollegen, der günstigere Erwartungen enttäuscht sieht, in richtiger Würdigung der Gesamtlage des Verbandes die Zwangslage der Situation versteht und in der finanziellen Sicherung und Festigung des Verbandes die bessere Lösung erblickt. Auch wenn man die jetzt um 15 Pf. täglich ermäßigten Unterstützungsätze in den Hauptunterstützungsweigen in ihrer Höhe bei unverändert gebliebenen Beitrags-

tarifen und Bezugszeiten näher betrachtet und würdigt, wird sich das Gefühl einstellen und bestätigt finden, daß die gesamten Unterstützungsleistungen unseres Verbandes immer noch ein Maß und einen Umfang haben, die angesichts des ganzen Verbandsbeitrags und der gegenwärtigen Gesamtverpflichtungen der Organisation aus den Unterstützungsleistungen als besonders günstig bezeichnet werden müssen. Aus folgender Zusammenstellung der ab 28. Juni d. J. geltenden Unterstützungsätze ergibt sich das mit aller Deutlichkeit:

1. **Reiseunterstützung** wird gewährt aus der Verbandskasse

nach 26 Beiträgen täglich 1,60 M. für 180 Tage
nach 52 Beiträgen täglich 2,10 M. für 180 Tage

2. **Ortsunterstützung** (bei Arbeitslosigkeit)

nach 52 Beiträgen 1,10 M. täglich bis zu 70 Tagen
nach 150 Beiträgen 1,35 M. täglich bis zu 140 Tagen
nach 500 Beiträgen 1,60 M. täglich bis zu 210 Tagen
nach 750 Beiträgen 1,60 M. täglich bis zu 280 Tagen

3. **Notstandsunterstützung** an ausgesetzte Arbeitslose

nach 52 Beiträgen 50 Pf. täglich für 280 Tage
nach 150 Beiträgen 75 Pf. täglich für 280 Tage
nach 500 Beiträgen 100 Pf. täglich für 280 Tage

Nach Ablauf dieser Bezugsdauer wird für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit noch eine einseitige Beihilfe von täglich 50 Pf. gewährt.

4. **Krankenunterstützung** wird gewährt

nach 52 Beiträgen 1,05 M. täglich bis zu 182 Tagen
nach 250 Beiträgen 1,05 M. täglich bis zu 364 Tagen
nach 500 Beiträgen 1,25 M. täglich bis zu 364 Tagen

5. **Invalidenunterstützung** wird gewährt

nach 450 bzw. 700 Beiträgen 1,25 M. täglich
nach 1000 Beiträgen 1,45 M. täglich
nach 1250 Beiträgen 1,65 M. täglich
nach 1500 Beiträgen 1,85 M. täglich
nach 1750 Beiträgen 2,05 M. täglich
nach 2000 Beiträgen 2,25 M. täglich

6. **Begräbnisgeld** an Hinterbliebene von Mitgliedern und Invaliden

nach 52 Beiträgen 65 M.
nach 100 Beiträgen 130 M.
nach 250 Beiträgen 195 M.
nach 500 Beiträgen 260 M.
nach 750 Beiträgen 325 M.
nach 1000 Beiträgen 390 M.
nach 1250 Beiträgen 455 M.
nach 1500 Beiträgen 520 M.

Wenn man berücksichtigt, daß alle diese Unterstützungen von einem wöchentlichen Beitrag von 2,40 M. bestritten werden, während z. B. für die deutsche Sozialversicherung mit Einrechnung der Unternehmerbeiträge bei insgesamt wenig höheren Leistungen durchschnittlich das Dreifache an Beiträgen erforderlich ist, dann ist es sicher nicht zuviel gesagt, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker für seine Mitglieder ein unersehlicher Schutz und Hort in allen Lebenslagen ist. Denn neben diesen rein materiellen Leistungen steht noch der wirtschafts- und tarifpolitische Schutz, der allen seinen Mitgliedern durch enge berufliche und kollegiale Verbindung auf gewerkschaftlicher Grundlage gegeben ist und in seiner Wirkung in wirtschaftlicher wie kultureller Beziehung bei aufsteigender Konjunktur von ebenso unerschütterlichem Werte wie in Notzeiten ist. Denn darüber dürfte sich wohl kein einziger unserer Kollegen im Zweifel befinden, daß ohne den Verband, der schon infolge seiner kollegialen Geselligkeit gegenüber noch viel weiterzielenden Ausbeutungsgefühlen eines rücksichtslosen Unternehmertums einen starken Damm

bildet, die heutigen beruflichen, tariflichen und sozialen Verhältnisse für alle unsere Kollegen viel schlechter und doch viel unsicherer wären, als sie es unter dem furchtbaren Druck der gesamten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den letzten Jahren geworden sind. Ziehen wir noch in Betracht, daß gegenwärtig beinahe das ganze Unternehmertum drauf und dran ist, die wirtschaftspolitische Not des deutschen Volkes zu einer Verstärkung aller gesetzlichen Grundlagen des Tarifvertrags- und des sozialen Arbeitsrechts überhaupt zu mißbrauchen, dann wird es in Zukunft wieder nötig sein, jede halbwegs erträgliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne jeden staatlichen Schutz zu erhalten und auszubauen, und zwar in der Hauptsache aus eignen Kräften der Gewerkschaften. Wenn wir als Buchdrucker eine solche „Entbindung der Wirtschaft von staatlichen Fesseln“ auch

weit weniger bedenklich zu finden brauchen, so dürfen wir uns doch keineswegs einer leichtfertigen Beurteilung dieser Dinge hingeben. Die Zeit, in der wir gegenwärtig leben, ist wirtschafts- und kulturpolitisch so unheilswanger, daß es tief bedauerlich wäre, wenn wir in unsern eignen Reihen noch Zweifel darüber aufkommen ließen, daß die nach allen Seiten reichlich abgewogene Neureglung unserer innerorganisatorischen materiellen Grundlagen nicht ihre volle Deduktion durch die höhere Zwecke und Ziele unsres Verbandes finden würde. Soweit es sich hierbei noch um nebenfachliche Einzelheiten aus dem inneren Organisationsgerüst und ihrer finanziellen Auswirkung, ihrer möglichen oder nötigen Begrenzung handelt, soll deren Berücksichtigung einer besonderen Befassung des Verbandesjahresberichts für 1930 vorbehalten bleiben. Es

wäre dabei so manches zu erwägen, was nicht nur Kleingeistern wichtiger erscheint als alles andre, sondern auch in der Richtung von Erscheinungen liegt, die uns die Abwehr gegen die Unternehmerrfront erschweren. Wir übergehen daher solche inneren Widersprüche an dieser Stelle. Denn hier kam es nur darauf an, zu zeigen und zu beweisen: daß die durch die Neureglung der Beiträge und Unterstützungen geforderten Opfer einfach nicht zu vermeiden sind; daß sie im Interesse jedes einzelnen Kollegen liegen, weil durch sie der Verband und damit alle Kollegen, Arbeitende wie Arbeitslose, nicht macht- und hilflos ihren Gegnern ausgeliefert sind. Auch unsere Gegner sollen daran erkennen, daß heute noch wie seit Jahrzehnten im Verband der Deutschen Buchdrucker der Grundsatz megalomane ist: **Alle n Gewalten zum Trutz sich erhalten!**

Aberorganisation im Verband

Haben wir wirklich unter einer Aberorganisation zu leiden, und ist sie eine Gefahr für uns? Diese Frage ist wohl die wichtigste, die wir uns stellen müssen. In einer Zeit wie der heutigen, in der sich alles zentralisiert, ist es wohl das Gegebene, daß wir uns unsern Verband einmal genau ansehen.

Wieviel kleine Organisationen in unserm Gesamtorganisation heute enthalten sind, weiß ja ein jeder von uns. Welche Mühe gibt man sich nun, allen die Berechtigung zu erhalten. Sogar 50- und 20-jährige Spartenjubiläen müssen dazu herhalten. Tradition! Ist das nicht grauam? Warum haben wir denn da nicht so vieles erhalten, was uns einmal schien gut zu sein, welches heute noch von denen, die nicht unsre Freunde sind, herbeigeholt wird. Wer an der Vergangenheit hängt, erhalte sich dieselbe und werde Spießer. Wir aber stehen in der Gegenwart und bauen uns unsre Zukunft, wie wir sie gebrauchen können. Wir sehen ein, die Sparten waren in vergangenen Jahrzehnten gute Stützen unsres Verbandes und haben an den sozialen Ertrugenschaften den größten Anteil. Vergessen seien auch nicht die Lohnvorteile einiger Sparten. Wie sieht es aber heute aus? Jede Gruppe hat ihre Sparte, glaubt da etwa einer, es sei in dem vorhergegangenen im einzelnen noch etwas zu machen? Sparte steht gegen Sparte.

Sehen wir uns den Verlauf der Geschichte einmal genauer an. Nach jeder Aberorganisation kam der Verfall. Die Zeichen dafür sind vorhanden. Ist es nicht schon in jüngster Vergangenheit dagewesen, daß die Mitglieder der einen Sparte die der andern bis fast vor den Richter geschleppt haben? Gibt das nicht zu denken? Sind wir denn absolut gezwungen, das Los unsrer Vorfahren zu teilen? Wir wollen nicht müßig sein, sondern unser Geschick selbst leiten. Nur müssen wir zeitig zugreifen.

In unserm Bildungsverband ist Raum genug für alle Kollegen, denn er ist doch geschaffen, um die Fortbildung unsrer Kollegen zu fördern. Ist es denn noch Abel, wenn ein Seher einmal in einem Lichtbildvortrag die Berufsschwierigkeiten seines Druckerkollegen kennen und verstehen lernt oder umgekehrt? Wir reden so viel von Einseitigkeit im Beruf und merken nicht einmal, daß wir diese selbst fördern. Wir sind empört darüber, daß wir nicht Teil haben am fertigen Werk, sondern immer mehr zu ein und derselben Arbeit erzogen werden. Wie gut ist es nun, wenn einer eine Arbeit übernimmt und weiß genau, wie der ganze Arbeitsgang seines Vorgängers und des nach ihm kommenden Kollegen vor sich geht. Zeitloser aus Unwissenheit werden vermieden, und das Ansehen des Kollegen steigt, denn man kann sich nur durchsehen, wenn man durchgebildeter Fachmann ist. Kapital können und unsre Arbeitskraft ist unser einziges Kapital, welches wir vermehren müssen, auf möglichst breiter Grundlage.

In jeder Ortsgruppe des Bildungsverbandes ist eine technische Kommission vorhanden, die sich mit der Programmzusammenstellung und den technischen Fragen zu befassen hat. In dieser Kommission ist jede Berufsgruppe vertreten. Also ist es doch schon jetzt so, daß jeder zu seinem Recht kommt.

Die Zeitschriften des Bildungsverbandes würden dadurch, daß sie von allen Kollegen bezogen würden, umfangreicher, und alle Zeitschriften der Sparten kämen in Fortfall. Die Ortsgruppen des Bildungsverbandes würden dadurch gestärkt und könnten infolgedessen bedeutend mehr leisten. Die Kollegen würden sich mehr als bisher der Fortbildung widmen können, da sie nur noch mit einer Vereinnung zu tun hätten. Vergessen sei auch nicht die Beitragsfrage, die sich dadurch vermindern würde. Die sozialen Fragen und dergl. würden nur noch an einer Stelle erledigt, und das wäre der Verband. Wer will nun noch behaupten, dieser neue Weg wäre nicht der beste für unsre Zukunft und geböte jedem Einzelnen von Aberorganisation und Zersplitterung Einhalt? Oder sollte es etwa Kollegen geben, die Personalfakt betreiben, damit wäre uns doch am wenigsten gedient. Man stellt doch die gute Sache stets über das Ich und den am besten passenden Mann an den rechten Ort.

Wir haben eine Aberorganisation, und sie ist eine Gefahr für uns.

Wuppertal-Warmen.

G. A. L.

Johannistag!

Noch immer reden sie in tausend Zungen, die Menschen, wie seit uraltem Tagen, weil sie in arger Zwierrat sich zerspreizen, anstatt des Irwahn's Zwingburg einzureißen. Drum ward das Joch, das sie bisher getragen, noch nicht gelöst, das Leid, das sie geschlagen, noch ungestillt. Die Kräfte, die sich regen, an alles, was längst morsch, die Art zu legen, gedeiht nur in des Volkes Niederungen. . . . Dort kreist das Blut, das neue Saaten reiste, dort wirkt die Macht, die Säulen könnte brechen des blinden Wahnes. . . . Würde sie nur sprechen das stolze Wort: Ihr Brüder, macht euch frei, so wichtig, daß ihr Welt-Erlösung'schrei die Sphäre der Jünger hundertfältig häuften: fürwahr! Die Völker brauchen sich nicht sorgen um ihrer Sehnsucht Auferstehungsmorgen. Doch einer war, der schämte sich der Ketten und sann, aus finst'rer Nacht uns zu erretten - Er schuf den Buchdruck, gab dem Worte Flügel, so überwand es Berg und Tal und Hügel, verband die Völker, überbrückte Meere, und es bezwang sogar die Stratosphäre. . . Dies aber ist des großen Meisters Lehre: Gleich wie die Kräfte, die zum Lichte drängen, des starren Widerstandes fesseln sprengen, so soll zum Ruhm der Menschlichkeit auf Erden das wahrhaft Gute wirken, wachsen, werden, daß es den Willen stählt für eine Sache, daß es die Zungen löst zu einer Sprache, durch starkes Umen, solidarisch handeln, die Erde in ein Eden umzuwandeln, aus dem der Lüge Nachtgespenster fliehen, worin dem Geist die Krone ward verliehen, daß er mit seinem wuchtigen Gewissen den Adel der Besinnung möge schaffen, der im Bewußtsein seiner edlen Pflichten nur aufbaut, statt gewaltfam zu vernichten. . . . Seht der Natur geheimnisvolles Weben, wie ihre Wunder zur Vollendung streben, gestaltend sich zur reinsten Harmonie - und - seid ihr Menschen nicht viel mehr denn sie? Folgt der Entwicklung stetigwöhnten Bahnen und führt des fortschritts stürmerprobte Fahnen zu Inseln froher Neugestaltung hin! Johannistag! Das ist dein tiefster Sinn: Du weckst die Geister auf und brichst die Bande, du machst die Welt zu einem Vaterlande, in dem der freiheit Purpurblüte sprieht - Lichtbringer Gutenberg, sei uns gegrüßt!

Nürnberg

Artur Stahl

Die (leidige?) Spartenfrage

Es ist in letzter Zeit schon verschiedenes über die Spartenfrage geschrieben worden, dafür und dagegen. Solange der Meinungsaustausch im sachlichen Rahmen bleibt, wäre ja auch nichts dagegen zu sagen, weil man ja über alles, was Menschen schaffen, verschiedene Meinungen hören wird, und es wohl niemanden gelingen wird, etwas so zu machen, daß tatsächlich alle damit einverstanden sind. Aber wenn man über die Spartenfrage einen derartigen Schrieb versieht, wie ihn Kollege Mascho (Königsberg) unter der Überschrift „Die leidige Spartenfrage“ im „Korr.“ Nr. 43 veröffentlicht, dann muß man sich wirklich fragen, ob das noch sachlich und der Spartenfrage gegenüber gerecht gerichtet ist. Schon die Ursache der Spartengründung, die Kollege M. herausklamiert hat, ist allerhand. Da anzugeben, daß man nur zur Gründung geschrieben ist, weil man „unter sich“ sein wollte, und dann weiter feststellen zu wollen, daß man eine Zersplitterung unter den Kollegen treibt, zeugt von wenig Verständnis für und Kenntnis von der Spartenarbeit. Und wenn Kollege M. sagt, daß wir als Sparte Vorträge, Entschuldigungen und Kampfmaßnahmen wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Art behandeln, und dann später feststellt, daß sich die Stereotypen nicht für Bremszylinder-Kolbenstangenbegriffe der Rintopselcher interessieren“ usw., dann beweist er ja damit

nur die Zweckmäßigkeit der Sparten. Ich möchte doch den Kollegen Mascho bitten, den Artikel des Kollegen Cohen (Kiel) über „Aberorganisation im Verband“ im „Korr.“ Nr. 42 recht eingehend zu studieren, denn dort ist alles eindeutig und klar gesagt, warum die Sparten Existenzberechtigung haben, und daß das, was Kollege M. schreibt, wohl nicht so ganz zutrifft. Wenn nun einmal Mitglieder einer Sparte Kampfmaßnahmen treffen, wie es einmal in Köpenick der Fall war, wo die Kotationen eines Betriebes wegen Abbau des Leistungslohnes mit Erfolg ihre Maschinen anhielten und stehen ließen, dann zeugt das wohl von Kampfsgeist, der mit den Bestrebungen der RGD, mit der uns auf eine Stufe zu stellen Kollege Mascho fertigbringt, wohl nicht das geringste zu tun hat. Die Kollegen mußten sich eben zu helfen, und keine Verbandsinstanz ihr Vorgehen verurteilen. Wenn aber Kollege M. denkt, daß sich der Verbandstag mit der Spartenfrage noch einmal gründlich befassen müßte und schließlich zur Aufhebung der Sparten kommen könnte, so wäre das doch für die Kollegen, die dorthin delegiert werden und die meistens auch Mitglieder einer Sparte sind, ein Schlag ins Gesicht, etwas derartiges zu beschließen, nachdem man 1929 erst die Notwendigkeit zur Gründung einer weiteren Sparte, nämlich der der Handseher, eingesehen hat. Empfehlen möchte ich doch dem Kollegen M. noch, in Königsberg in den einzelnen Spartenverfammlungen seinen im „Korr.“ vertretenen Standpunkt zur Sprache zu bringen und das Ergebnis der Aussprache im „Korr.“ zu veröffentlichen, ich glaube, er müßte auf allerhand Aberlassungen gefaßt sein. Dabei bitte in Zukunft etwas kollegialer vorgehen und mit derartigen Anwürfen gegen die Sparten etwas vorsichtiger sein.

Jena.

Hans Wenzel.

Die „leidige“ Spartenfrage

In der Zeit wirtschaftlichen Niederganges ist es die vornehmste Aufgabe derjenigen Klasse, welche am schwersten zu leiden hat, sich zusammenzuschließen, um den Förderern der immer größer werdenden Verelendung einen Damm entgegenzusetzen, an welchem alle Versuche zu einer weiteren Verschlechterung der Existenz der Arbeiter abprallen. Da nun die verschiedenen Sparten im Verband der Deutschen Buchdrucker, wie immer wieder und von allen Seiten nachgewiesen wird, auch ein Teil des Damms zur Abwehr von Verschlechterungen und zur Wahrung der uns zustehenden tariflichen Rechte sind, ist es um so schwerer zu verstehen, wenn der Kollege M. aus K. die Sparten als eine interne Sippe hinstellt, welche sich dem Verband nicht unbedingt unterordnet. Selbst es nicht bisher immer noch: „Alles für den Verband durch die Sparte!“? Zwang nicht die immer größere Formen annehmende Nationalisierung z. B. die Handseher vor längerer Zeit, sich in einer Sparte zusammenzuschließen, um durch die Sparte stärker als bisher ihr gutes Recht zu verlangen und sich intimer als bisher in ihrer eigensten Art aus- und fortzubilden, am gleichen Schritt zu halten mit der gewaltigen Modernisierung des Handfahes? Sind dem Kollegen M. die Ergebnisse nicht bekannt, die neben allen andern Sparten auch die Handseherpartei zu verzeichnen hat, und die nicht in letzter Linie auch unserm Verband Nutzen bringen und manches Stück Arbeit abnehmen? Würde etwa dadurch, daß die Sparten entfielen, die Schlagkraft „abhängig von der Sparte“, weil sie ganz enorme Arbeit leisteten, und unser Verband sämtliche Sparten auf die Verbandstage anerkannt? Wären nicht schon längst diese Zersplitterer, diese sanftere RGD, zum Teufel gejagt, wenn sie nur „überflüssige Ausgabenangelegenheiten“ wären? Diese Behauptungen zeugen von Unkenntnis oder sind nicht ernst zu nehmen. Sparten, die in Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe entstehen, denen zeitliche und materielle Opfer gebracht werden, die trotz aller gediegen klingenden Anspielungen etwas erreichen, von dem auch die Nicht-Spartenmitglieder gern den Nutzen ziehen, sind tatsächlich etwas mehr wert, um mit solchen Nebenarbeiten, wie sie der Kollege M. gebraucht, abgetan zu werden! Man soll nur den „Korr.“ genauer lesen, um zu sehen, wie einträchtig und gewinnbringend die Sparten im einzelnen und in den an den meisten Orten schon bestehenden Arbeitsgemeinschaften zusammen wirken, zum Nutzen aller RGD-Kollegen! Gerade aus dem Grunde, weil der allergrößte Teil der Sparten ganz genau weiß, was er zu tun und zu lassen hat, darf man diese nicht über einen Kamm scheren, wenn in den Wogen eines Wirtschaftskampfes diese oder

jene Gruppe verliert, eine „saftere KGD.“ zu spielen. Das Wort „Spartenkollege“ hat es dem Kollegen M. angetan! Nein, so ist es denn wohl doch nicht, Kollege M.! Gerade die Kollegen, die den Wert der Sparten trotz aller Aufklärung, Bearbeitung usw. immer noch nicht erkennen wollen, sind eigenfinnig und uninteressiert am ganzen Verbandsleben! Selbe zu feiern, ohne die eine oder andere Bereinigung zu schädigen, läßt sich durch Hand-in-Hand-Arbeiten der verschiedenen Vereinigungen sehr schön regeln. Weil die Sparten sich sagen: „Wo ein Wille ist, ist ein Weg“, und sie den Willen haben, suchen sie den Weg in intensiver Kleinarbeit innerhalb der „leidigen“ Sparten unter der bestimmenden Devise: „Alles für den Verband durch die Sparte!“

Hildesheim

Fr. Feil

Sparten?

Wer noch in erster Linie Verbandskollege ist, und wer sich noch nicht in den Strudel der Sparten-Eigenbrötleien hat mitreißen lassen, ist dem Kollegen Mahlo (Königsberg) dankbar für die Zeilen, in denen er mit aller Frische das sagt, was Tatsache ist. Diejenigen Kollegen, die als Funktionäre in Orts- und Bezirksvorständen amtieren, spüren recht deutlich, wie weit eine gewisse Zersplitterung schon vorgeschritten ist. Heute ist es schon kaum möglich, eine Versammlung oder Veranstaltung anzugereimen, ohne mit der einen oder anderen Sparte zu kollidieren. Und was machen Spartenvorstände oft Schwierigkeiten. Ihre Interessen und Veranstaltungen dünken ihnen oft wichtiger als die von den Orts- und Bezirksvereinen des Verbandes, auf das Wohl der Gesamtkollegenchaft abgestimmten Versammlungen. Gau- und Zentralinstanzen der Sparten gehen oft so weit und versuchen, Orts- und Bezirksvorstände des Verbandes zu bevormunden. Manches traurige Intermezzo innerhalb der Kollegenchaft (Fall Mahlo [Berlin]) wäre erpart geblieben, hätten sich die Sparten mehr auf den Boden der Allgemeinheit gestellt. Nicht allein fanatische Spartenmitglieder, sondern auch Spartenfunktionäre gibt es, die Orts- und Bezirksversammlungen des Verbandes prinzipiell meiden. Sehen wir uns einmal die Versammlungen der Sparten etwas näher an. (Ich meine hier selbstverständlich die in der Provinz stattfindenden Versammlungen; in Berlin, Leipzig, Hamburg und andern großen Druckstädten ist das vielleicht anders.) An Hand der Versammlungsprotokolle läßt sich nachweisen, daß 99 Proz. des Versammlungsmaterials in die Orts- und Bezirksversammlungen des Verbandes gehört. Das eine Prozent, was übrigbleibt, „Technisches“, wird manchmal überaus käuflich behandelt. In wie vielen Fällen haben Sparten einen Arbeitsnachweis, den auszuweisen sie durchaus nicht befangt sind.

Bei aller Anerkennung für das, was einzelne Sparten (z. B. Maschinenseherpartie) in früheren Jahren geleistet haben, muß man heute sagen, daß diese ihre Berechtigung verloren haben. Es ist doch erwiesen, daß die Spartenmitglieder in der Hauptache materielle Vorteile durch Organisierung in der Sparte erschaffen. In Werbeprospekten der Handseherpartie wird immer wieder auf die materiellen Erfolge der Maschinenseher hingewiesen, ohne natürlich ehrsüchtig zu betonen, daß konjunkturelle Einflüsse auch bei diesen Erfolgen sehr ausschlaggebend waren. — Heute aber ist auch nicht der kleinste materielle Erfolg ohne unsere Zentralorganisation mehr möglich, das müssen wir wohl bedenken.

Es ist höchste Zeit, daß wir im Spartenwesen Remedur schaffen, wenn unsere Bewegung nicht einen kriegerischen, unheimlichen Anstrich bekommen soll. Oder sollte das in der heutigen Zeit der Zentralisation und der Rationalisierung nicht möglich sein? Sollte es vielleicht eher möglich sein,



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Heinrich Meyer in Bremen

Eingetretten: 2. Juni 1881 — Druckerel Karl Schülmann in Bremen.



ein Panuropa zu schaffen, als einige simple Sparten unter den einen Hut des Bildungsverbandes zu bringen? Wollen aber die Sparten ihr Eigenleben fortsetzen, dann werden zu den bisherigen noch einige dazu kommen. Oder könnte man es z. B. den Typographen oder Monotypsehern bzw. -gießern, die für ihren Beitrag in vielen Provinzorten, in denen die Linotypen dominieren, auch fast gar keine Gegenleistung erhalten, übernehmen, wenn sie sich selbständig machten?

Befinnen wir uns also mehr auf unsere Zentralorganisation; widmen wir uns mehr den gewerkschaftlichen und politischen Problemen in unsern Verbandsversammlungen. Die alte Wahrheit: Bereint find wir alles, allein (zersplittert) nichts, hat heute mehr denn je Gültigkeit.

Da wir nunmehr mit Beitragsverhöhungen für den Verband zu rechnen haben, müssen wir uns recht bald darauf besinnen, daß wir unsre Beiträge an anderen Stellen auf das unbedingt Notwendige rationalisieren. Durch Zusammenlegung der Sparten innerhalb des Bildungsverbandes können Beiträge ermäßigt werden; ferner kann durch sparamese Wirtschaften (Konzentrierung von Vorträgen und Veranstaltungen, Einschränkung des übersteigerten Versammlungslebens) ebenfalls viel Geld gespart werden.

Schließen wir uns wieder fester zusammen, legen wir Einzelinteressen beiseite, dann werden wir Buchdrucker doppelt gekräftigt diese Krisenzeit überstehen.

Wuppertal-Warmen. Ditto Kuppert.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Die Sozialversicherung in der Notverordnung.

Die Begründung, die die Reichsregierung diesen Abschnitten mit auf den Weg gibt, sagt kurz, daß neben den Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung die dringendste Aufgabe in der Sozialversicherung sei, die inanspruchgenommene Pensionsversicherung zu erhalten. Die Zahl ihrer Pensionsempfänger sei stark gestiegen, auf

der andern Seite habe die beitragszahlende Belegschaft allein in den letzten 1 1/2 Jahren sich um mehr als ein Viertel verringert. Der Verfall sei aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage, die Aufwendungen der Pensionsversicherung zu decken. Daher trete das Reich mit erheblichen Mitteln ein. Gleichwohl könne es der Selbstverwaltung nicht erspart werden, noch eine Kürzung der Leistungen vorzunehmen. Aufgabe der nächsten Zukunft bleibe es, die übrigen Rentenversicherungen in ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. In Verbindung mit der Sanierung der Invalidenversicherung werde die Reichsregierung im kommenden Winter dem Reichstag eine organische Vereinfachungs- und Berbilligungsreform der Sozialversicherung vorlegen. Die Verordnung schaffe zunächst verschobene Sicherungen, daß die Versicherungsträger der Not der Zeit Rechnung tragen.

Man kann nicht behaupten, daß diese Sicherungen den Interessen der Millionen Versicherten dienen, die Sorge der Reichsregierung gilt ausschließlich den Geldbedürfnissen der Wirtschaft, d. h. der Unternehmer.

Dem Kapitel Knappschaffliche Versicherung ist vorangestellt, daß die Reichsregierung spätestens mit Wirkung vom 1. Juli 1931 durch die Säzung die Leistungen der Pensionsklassen zu mindern hat. Diesbezügliche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Reichsarbeitsministers. Der Invalidenversicherung, die selbst notwendig ist, werden dann 12 Millionen Mark abgezinst zugunsten der Reichsversicherung. Das geschieht dadurch, daß von den Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung (§ 7 des Gesetzes über Zolleränderungen vom 17. August 1925 und Artikel II des Gesetzes zur Vorbereitung der Finanzreform vom 28. April 1930) ein Teilbetrag von 12 Millionen Mark an die Arbeiterpensionskasse der Reichsversicherung abgeführt wird. Darüber hinaus erhält die Reichsversicherung zwecks Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Pensionsversicherung im Rechnungsjahr 1931 den Betrag von 58 Millionen Mark, und zwar unter Anrechnung der fortbauenden Ausgaben im ordentlichen Haushalt. Ferner erhält die Reichsversicherung auf diese Reichsmittel bis zum 25. Juni 1931 den Vorstoß von 4 Millionen Mark und für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 31. März 1932 den monatlichen Vorstoß von 6 Millionen Mark. Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Reichsversicherung die Deckung der noch verbleibenden Fehlbeträge sichergestellt hat (also die Leistungen gemindert hat).

Die „Sanierung“ der Invalidenversicherung hat man sich noch aufgespart. Die Notverordnung bringt hier lediglich eine Änderung des Artikels 65 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung. Der bisherige Artikel 65 bestimmte, daß bis zum 31. Dezember 1930 auf die Wartzeit für den Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge auch die nach dem alten Invalidenversicherungsgesetz entrichteten Beiträge angerechnet werden müssen. Nach diesem Zeitpunkt sollten dann auf die Wartzeit nur die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 entrichteten Beiträge in Anrechnung kommen. Diese Begrenzung ist nun aufgehoben, es heißt nunmehr im Artikel 65: „Auf die Wartzeit für den Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge werden auch die für die Zeit vor dem 1. Januar 1912 entrichteten Beiträge angerechnet.“ Die neue Vorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1931 in Kraft, so daß eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes nicht eintritt.

In der Unfallversicherung wird lediglich dem Reichsversicherungsamt bis zum 1. Januar 1935 die Verfügung erteilt, jederzeit eine Änderung der in der Satzung getroffenen Verteilung der Geschäfte zwischen den Berufs-genossenschaften und ihren Sektionen zu verlangen. Wird dem nicht nachgekommen, so kann der Beschlußsenat die

Gutenbergs Erfindung

Aber die Erfindung Gutenbergs ist in den meisten Ländern der Welt so viel vom geschichtlichen, kunstgewerblichen, buchdrucktechnischen Standpunkt aus geschrieben worden, daß man meinen sollte, es könnte nichts wesentlich Neues mehr dazu beigetragen werden. Doch scheint es, wenn man das Schrifttum daraufhin durchsieht, als wenn viele Seiten der Erfindung nur ungenügend, jedenfalls nicht in dem Maße, wie sie es verdienen, hervorgehoben wurden. Das eine ist das rein Technische der Erfindung, deren Bedeutung sich nach gewöhnlicher Annahme darin erschöpft, daß bewegliche Buchstaben an die Stelle von festen Druckplatten traten und die Buchstaben aus Metall gegossen wurden, das andere aber sind die Einwirkungen, die die Erfindung und ihre Anwendung auf dem Arbeitsmarkt der damaligen Zeit hatten.

Unter den ältesten Überlieferungen über die Erfindung der Buchdruckerkunst geht am meisten auf das Technische eine Nachricht des Abtes Trithem ein, der 1462 bis 1500 lebte und in seinen Annalen aus dem Jahre 1460 in lateinischer Sprache berichtet: „Um diese Zeit wurde die bewundernswerte, bisher noch unerhörte Kunst, Wörter durch einzelne Buchstaben zu drucken, von einem Bürger in Mainz, Johann Gutenberg, erfunden und ausgedacht. Nachdem dieser fast sein ganzes Vermögen darauf verwendet und dennoch wegen vieler Schwierigkeiten bald an diesem, bald an jenem Mangel litt, so daß er die Sache schon wieder liegen lassen wollte, hat er durch den guten Rat und Vorstoß eines andern Mainzer Bürgers, Johann Faust, sie endlich glücklich aufzuheben gebracht. Anfänglich haben sie die Buchstaben auf Tafeln geschnitten und ein allgemeines Wörterbuch „vocabulary catholicorum“ gedruckt, konnten aber mit denselben Tafeln nichts anderes drucken, weil die Buchstaben in dieselben eingeschnitten

und unbeweglich waren. Dann haben sie die Buchstaben des lateinischen Alphabets zu gießen erfunden, welche sie Matrizen nannten, vermöge deren sie die Buchstaben von Erz oder Zinn gegossen, soviel sie nötig hatten, welche sie vordem mit den Händen zurechtgeschnitten. Diese Art zu drucken hat aber so viel Schwierigkeit gehabt, daß sie an die Bibel schon 4000 Gulden gewendet hatten, ehe noch der zwölfte Foliobogen beendet war. Peter Schöffer aber, erst Diener, dann Eidam des Faust, erfand eine leichtere Art zu gießen. Beide haben erst eine Zeitsung die Kunst geheim gehalten, bis sie durch die ihnen nötigen Diener erst nach Straßburg gebracht worden ist und dann zu allen Völkern.“

Jedenfalls ist danach Gutenberg nicht so vorgegangen, wie manchmal erzählt wird, daß er die aus Buchenholz bestehenden Drucktafeln in Stäbchen zerschnitt und mit diesen Stäbchen, die man deshalb Buchstaben nannte, druckte, denn auf diese Weise ist die erforderliche Genauigkeit niemals zu erzielen. Er wußte, wie der Metallgießer für Bronzeplatten ein Holzmodell nach der Vorlage des Künstlers anfertigte, in Sand abformte und in dieser Sandform den Guß ausführte. Er hat wahrscheinlich mit Spiegelverreht geschnittenen Tafeln, damit ein richtiger Abdruck der Schrift möglich war, den Guß vorgenommen und als ersten Schritt zur Verbesserung, um den Guß zu erleichtern, die Modelle in Teile zerschnitten. Aus den Teilformen sind dann die Einzelbuchstaben für den Satz hergestellt worden. Das Verfahren war damals in der Gießmetalltechnik bereits zu hoher Vollendung gediehen. Wenn die heutigen Buchbinderdrucker noch genau in derselben Weise hergestellt werden, so ist das wahrscheinlich ein geschichtlicher Rest aus dem Mittelalter. Wie der Buchbinder noch jetzt die Buchstaben durch Aufstecken zu Worten und Zeilen zusammensetzt, so wird seinerzeit auch Gutenberg verfahren sein. Der Sandformguß war aber ein un-

ständliches Arbeitsverfahren und lieferte nur bei größter Sorgfalt scharfe Schriftbilder. Da sich die Schriften beim Drucken abnutzten und immer wieder neu erzeugt werden mußten, lag der Entschluß nahe, statt des weichen Formensandes einen dauerhafteren Stoff zu nehmen, und die Waß stiel auf Blei. Buchstabenformen, die man im Sandgussverfahren hergestellt hatte, wurden in Blei abgeseigt und der bearbeitete Wafstafel diente als Form zum Handguss von Buchstaben. Alle Gussformen, sogenannte Handinstrumente, sind noch vielfach vorhanden, da ihre Verwendung bis tief ins vorige Jahrhundert hinein, bis zum Aufkommen der ersten Schriftgießmaschine, üblich war. Daß die Matrizen wie auch die fertig gegossenen Letzen noch sehr genauer Bearbeitung bedürften, ist selbstverständlich. Das Schleifen und Beiseilen der Schriften war ebenfalls bis in die jüngste Zeit hinein üblich, bis die Kompletzgießmaschine die Arbeit wenigstens bei den gangbarsten Sorten überflüssig machte.

Die Erfindung Gutenbergs stellt sich dem Techniker ganz zwanglos als ein lädenloses Bild dar. Ihre wirtschaftliche Bedeutung liegt darin, daß mit ihrer Anwendung zum ersten Male in der Industrie ein technischer Großbetrieb ermöglicht wurde. Von der Ersaffung des Gedankens bis zur Ausführung ist diese Erfindung von Gutenberg in einer Weise ausgebildet worden, daß bis auf den heutigen Tag, abgesehen von ihrer Durchführung auf der Maschine und der Verbesserung des Schriftstoffes, nichts Wesentliches geändert worden ist. Der Grundgedanke Gutenbergs, nämlich die Beweglichkeit der Buchstaben, ist maßgebend geblieben und nicht überholt worden. Unentschieden mag dabei bleiben, ob Gutenberg von vornherein die Zerlegung des Druckfahes in einzelne Buchstaben im Auge hatte, weil ihm die Mühseligkeit und große Überlegenheit dieser Zerlegung von Anfang an klar war, oder ob erst die Vorteile, die sich beim Gießen der Druckplatten in einzelnen Stücken,

Änderung anordnen. Erstreckt werden soll hiermit eine Vereinfachung der Verwaltung.

Der viel dringender nötigen Verwaltungsvereinfachung in der Krankenversicherung geht man aber immer noch aus dem Wege. Um so mehr ist man darauf bedacht, das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen einzunengen.

Der § 344 A.B.D. sagt: Über 6 Proz. des Grundlohnes dürfen die Beiträge nur zur Deckung der Regelleistungen oder zur übereinstimmenden Beschluß der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuß erhöht werden. Soll der Beitrag auf 7 1/2 Proz. des Grundlohns oder darüber festgesetzt werden, so bedarf es außerdem der Zustimmung des Reichsarbeitsamtes. Die neue Notverordnung gibt dem Reichsarbeitsminister das Recht, vorzuschreiben, daß jede Beitragserhöhung (also auch eine solche, wo der bisherige Beitragssatz noch unter 6 Proz. lag) der Zustimmung des Oberverwaltungsamts bedarf. Der Herr Reichsarbeitsminister kann dann ferner vorschreiben, daß das Oberverwaltungsamt die Änderung des Beitrags einer Krankenkasse anordnen darf. Damit wird der letzte Rest der Selbstständigkeit bei der Beitragsfestsetzung beseitigt werden können. Auf die noch zu erlassenden näheren Vorschriften darf man gespannt sein.

In einem besonderen Kapitel „Finanzgebarung der Versicherungsträger“ wird dann das amtliche Aufsichtsrecht dadurch wesentlich verschärft, daß der Reichsarbeitsminister vorschreiben kann, daß bis auf weiteres das Aufsichtsrecht über die Träger der sozialen Versicherung sich auch auf Fragen des Ermeßens erstreckt, soweit es sich um die Finanzgebarung handelt. Mit der Durchführung dieser Ermächtigung werden die Eingriffe der Versicherungsämter auf dem Gebiete der Mehrleistungen sehr bald eintreten, denn unter Vererbung auf die Finanzgebarung läßt sich schließlich auf jedem Gebiete ein Grund zur Einmischung finden. Die Herren Unternehmervertreter werden sich die günstige Gelegenheit nicht nehmen lassen, die Aufsichtsbehörde immer wieder auf „Spar“-maßnahmen hinzuweisen und zum Eingreifen veranlassen. In Kiel haben z. B. dieser Tage die Arbeitgeberverbände das Versicherungsamt in einer Eingabe erjudt, die Ortskrankenkasse aufzufordern, ihr Gesundheitsheim zu veräußern, da dasselbe angeblich unwirtschaftlich arbeite; die für die Genesendensfürsorge aufzuwendenden Mittel müßten der Privatwirtschaft zugeführt werden. Man sieht hieraus, zu welchen Auswüchsen die fortgesetzten Beschränkungen des Selbstverwaltungsrechts führen.

Mit solchen Maßnahmen will Herr Stegerwald die Krankenversicherung in den Stand setzen, ihre großen Aufgaben zu erfüllen. Weiß er nichts davon, daß die Kassen durch den Abbau der Löhne usw. aufs schwerste in den Einnahmen geschädigt werden? Die Rieker Kasse mit rund 40 000 Mitgliedern rechnet mit einem Rückgang der Beiträge aus diesem Anlaß für das Jahr 1931 in Höhe von 300 000 M. und ist infolgedessen gezwungen, die Familienhilfe abzubauen. Warum werden nicht durchgreifende Sicherungen geschaffen gegen Ausbeutung der Kassen durch die Heilmittelfabrikanten und -lieferanten, warum nicht Vorkehrungen ausreichender Art getroffen bei den Beziehungen zu den Ärzten? Die wenig bedeutungsvolle Änderung des § 370 A.B.D. ändert nichts an dieser Forderung. Sehr fraglich ist ferner, ob die Ermächtigung der Reichsregierung, abweichend von § 80 der Gewerbeordnung, den Zuschlag nach Nr. 2 der Textlichen Bestimmungen der Deutschen Arzneitaxe festzusetzen (es handelt sich um den Spezialtätenszuschlag), für die Kassen eine Erleichterung bringen wird. Bisher hatten die Länderbehörden die Regelung der Arzneitaxe vorzunehmen. Auch der den Kassen zu gewährende Zuschlag von den Preisen für Arzneien wurde bisher von den Verwaltungsbehörden

der Länder festgesetzt. Jetzt setzt der Reichsarbeitsminister diesen Zuschlag fest. Hierdurch wird lediglich eine Einheitlichkeit gewährleistet.

Eine gewisse Verschlechterung bringt auch die Abänderung des § 119 A.B.M. sowohl für die Krankenkassen wie für die Arbeitslosen. Für die Berechnung des Grundlohns der Arbeitslosen wurde bisher 10 Proz. des Arbeitslohnes als Maßstab genommen, jetzt heißt es 9 Proz. Das bedeutet eine Minderung der Beitragssumme, die das Arbeitsamt für die Krankenversicherung der Arbeitslosen zu zahlen hat, und gleichzeitig eine Herabsetzung der Leistungen für die Arbeitslosen (Sterbegeld und Wochen-geld vor der Entbindung).

Sinngemäß wäre hier noch auf eine Änderung des § 116 Bürgerliches Gesetzbuch. Die Dezember-Notverordnung hatte hier hinzugefügt: Der Anspruch eines Angestellten (§ 1 Abs. 1 und 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes) für den Krankheitsfall kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden. Die neue Notverordnung bringt nun für die Angestellten eine gewisse Gleichstellung bezüglich der Dauer des Gefaltsanspruchs mit den Angestellten, deren Ansprüche im § 63 des Handelsgesetzbuches und § 133c der Gewerbeordnung festgelegt sind. Es heißt nunmehr: „Der Anspruch eines Angestellten (§ 1 Abs. 1, 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes) auf Vergütung kann für den Krankheitsfall nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden. Hierbei gilt als verhältnismäßig nicht erheblich eine Zeit von sechs Wochen, wenn nicht durch Tarifvertrag eine andre Dauer bestimmt ist.“

Eine Vereinfachung des Verfahrens vor dem Reichsversicherungsamt (Landesversicherungsamt) sollen sodann die Vorschriften des Kapitels VI des V. Teiles der Notverordnung bringen. Sie bedeuten aber auch eine Eingengung der Rechte der Versicherten. Ist nämlich der Vorsitzende des Spruchsenats mit dem Berichterstatter darüber einig, daß das Rechtsmittel zweifellos gerechtfertigt erscheint, so kann er ohne mündliche Verhandlung entscheiden. Diese Regelung gilt auch für das Verfahren vor dem Beschlußsenat. Die Neuerung ist bis zum 1. Januar 1935 begrenzt.

Korrespondenzen

Wien. Am 31. Mai feierte der hiesige Ortsverein sein 25 jähriges Jubiläum. In Anbetracht der schwierigen Zeitverhältnisse wurde von einer allgemeinen öffentlichen Feier abgesehen. Die Kollegen versammelten sich vollständig mit ihren Familienangehörigen zu einer schlichten Feier. Vorsitzender Müller gab einen kurzen Bericht über die Entstehung und Gründung des Ortsvereins; daran anschließend sprach Kollege Wehr (Wains) ermahnende Worte an die Kollegen. Zwischenbruch bildeten die Vorträge den gemütlichen Teil, und ein Kollege aus Mainz sorgte für humoristische Unterhaltung. Erst in später Abendstunde trennte man sich in dem Bewußtsein, einen genutzten Abend verlegt zu haben. — Am folgenden Sonntagvormittag hielt die Maschinenvereinsung Mainz ihre diesjährige Wanderversammlung hier ab, zu der der Meyer Ortsverein ziemlich vollständig erschienen war. Anschließend gab es noch ein gemütliches Beisammensein.

Berlin. (Schriftsetzer.) Am 18. Mai fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten zweier verstorbenen Kollegen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hörten wir einen sehr lehrreichen Vortrag mit dem Titel über die Volkswirtschaft. Beides wurde von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen. Von allen Ortsvereinen wurde auf Grund der in unserem Gewerbe herrschenden Arbeitslosigkeit ein Betrag zur Verfügung gestellt zu einer einmaligen Unterstützung der Arbeitslosen, und zwar für männliche 10 M. und für weibliche 5 M. Diese Unterstützung fand bei den Arbeitslosen dankbare Anerkennung. In Berlin gelangten 450 M. zur Ausgab-

lung. Der Vorsitzende wies dann hin auf den Beschluß der Generalversammlung betreffend Ferienverlängerung. Die Sondertarife für Schriftsetzer, Matrizenbohrer und Metallinienarbeiter sind um ein halbes Jahr verlängert worden. Der Rassenbericht wies eine Einnahme von 4037,37 M. auf. Die Ausgabe beträgt 2172,90 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt. Eine längere Aussprache fand statt über die Monotypiegeschäfts-maschine. Insbesondere wurde von allen Diskussions-rebern das Verhalten solcher Kollegen scharf verurteilt, die, wenn sie ausgelastet haben, sich nicht mehr um den Schriftsetzerverein kümmern, trotzdem sie den Zuschuß zum Vernein, der aus den Beiträgen aller Mitglieder aufgebracht wird, gern nehmen. Es wurde vom Vorstand verlangt, Schritte zu unternehmen, um dieser Interesselosigkeit vorzubeugen. Die Vorstandsarbeit ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, mit Ausnahme eines Mitglieds. Erster Vorsitzender ist H. Röpke, Kassierer D. Rose. Bei der Wahl zum örtlichen Tarif-schiedsgericht wurde als kändiges Mitglied Kollege H. Röpke gewählt. Als nichtständige Mitglieder wurden gewählt die Kollegen Freimuth, Lausch und Rau. Zum Schluß erjudte der Vorsitzende die Kollegen, dahin zu wirken, daß die nächste Versammlung zahlreicher besucht wird.

Bochum. Zu unserer letzten Versammlung am 7. Juni hatte sich eine recht stattliche Zahl von Kollegen in dem idyllisch gelegenen Ruhrstädtchen Witten eingefunden. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag des Vorsitzenden der Zentralkommission der Handwerker, Kollegen Fiedler (Berlin), über „Verband und Sparten in der Wirtschaftskrise“. Der Referent hielt beider Bestand in der heutigen Zeit für eine Notwendigkeit, gegenüber einem Unternehmertum, das, gestärkt durch die letzten Reichstagswahlen, die Arbeitslosigkeit für seine Zwecke auszunutzen sucht. Aufstrebend verbreitete sich der Referent über die Zusammenlegung des Verbandsvorstandes und die Mitarbeit der Spartenvertreter. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Unter „Geschäftlichem“ ehrte die Versammlung das Andenken zweier verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Der Rassenbericht wurde durch einstimmige Entlassung des Kassierers genehmigt. Leider gibt es immer noch Kollegen, die durch monatelanges Nichterscheinen die finanziellen Schwierigkeiten der Organisation verschärfen. Es ist an der Zeit, sich mit dieser Angelegenheit näher zu befassen, zumal das Verhalten dieser Kollegen durch ihre wirtschaftliche Lage nicht gerechtfertigt erscheint. — Für den Nachmittags hatte der Bildungsverband den Besuch der Provinzialheimatspiele arrangiert, wo Galespeares „Sommernachtsstraßen“ gegeben wurde.

Düsseldorf. (Machrichten.) In unserer Versammlung am 7. Juni hielt nach einigen kurzen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden Klein Herr Betriebsleiter Dide von der Firma Wesenfeld, Dide & Co., Metallhüttenwerke in Barmen, einen interessanten Vortrag über den Verhüttungsprozeß unfer Druckermetalle. Durch reichhaltiges Anschauungsmaterial von den einzelnen Rohzügen bis zum Fertigprodukt sowie an Hand von graphischen Darstellungen verstand der Vortragende es ausgezeichnet, seinen Zuhörern die einzelnen Arbeitsvorgänge im Verhüttungsprozeß verständlich zu machen. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Kollege Klein sprach dem Vortragenden für seine lehrreichen Ausführungen den Dank der Versammlung aus.

Esen. Inre Versammlung am 8. Juni hatte leider nicht den Besuch aufzuweisen, der im Interesse des Referats des Kollegen Fiedler (Berlin) über „Verband und Sparten in der Wirtschaftskrise“ erwartet werden konnte. Es ist bedauerlich, daß sich gerade in der heutigen Zeit, wo Verbundenheit und Aktivität im Organisationsleben mehr denn je das Gebot der Stunde ist, so mancher Kollege durch minder wichtige Angelegenheiten sich vom Besuch gewerkschaftlicher Veranstaltungen abhalten läßt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles, Aufnahmen und diverser Ausschüsse, Geldbewilligung aus Anlaß des Johannistages an Arbeitslose, Dauerkranke und Invaliden nahm der Referent das Wort zu seinem groß angelegten Referat. Anknüpfend an die Wirtschaftskrise kennzeichnete Redner das Bestreben des Unternehmertums, die Er-

die man dann wieder zusammenstellte, ergaben, ihn auf den Gedanken brachten, diese Zerteilung noch weiter fortzusetzen. Jedemfalls war Gutenbergs Erfindung ein Glücksfall für die damalige Zeit, in der die Menschheit von einem wahren Hunger nach geistiger Nahrung befallen wurde, der sich mit den alten Vertriebsmitteln nicht mehr hatte stillen lassen.

Die Erfindung Gutenbergs verhielt sich in ihren Wirkungen zu den bis dahin geübten Vertriebsmitteln verfahren ähnlich wie die mechanischen Spinn- und Webmaschinen zu den alten Spinnrädern und Handwebstühlen. Wie 300 Jahre später in der Textilindustrie, wurden am Ausgang des Mittelalters durch die neue Buchdruckerkunst, besonders seit der Schöfer, den die Mainzer Drucker über ihre Erfindung zu halten wußten, jerrissen war und an allen Enden Druckerien entstanden, große Schichten der Bevölkerung, die Abschreiber, ihrer Beschäftigung beraubt. Vor allem waren es die Mönche, und unter ihnen die „Brüder vom gemeinsamen Leben“, die sich in ausgedehntem und geschäftsmäßigem Maße mit den Abschreibern von Büchern befaßt hatten. Ein Vinus kostete 1427 ungefähr 120 Goldgulden und Cosimo von Medici mußte, um 200 Bücher, die er für eine Bücherei nicht kaufen konnte, abschreiben zu lassen, 45 Abschreiber 22 Monate lang beschärfen. Dabei war immer erst nur ein Stück eines solchen Buches neu geschaffen. Dem Abschreiberverfahren sind hauptsächlich die vielen Lesarten zu verdanken, mit denen sich unsere lateinischen Sprachschreiber herumschlagen. Der fleißigste Schreiber konnte bei täglich zwölfstündiger Arbeitszeit nicht mehr als zwölf Bücher täglich schreiben. Die einfache Handpresse dagegen lieferte von dem einmal hergestellten Satz bereits zu Anfang tündlich 250 auf einer Seite bedruckte Bögen. Infolge dieser ungenauen Beschleunigung bei der Herstellung eines Buches gingen dessen Preise alsbald um ein Fünftel bis ein Viertel der

alten Handschriftenpreise herab. Trotz der großen Kosten für Neueinrichtungen von Druckerien, die sich 1472 auf über 300 Gulden beliefen, eine anscheinliche Summe, wenn beachtet wird, daß der Unterhalt eines Wittenberger Studenten damals jährlich nur 8 Gulden betrug, gab es bis zum Jahre 1600 bereits über 800 Druckerien in 215 Orten, darunter in Nürnberg den Großbetrieb des Druckers Anton Koberger mit 24 Pressen und 100 Gesellen. Für die Zeit bis 1600 lagen schon 25 000 Druckschriften mit einer Durchschnittsanlage von 500 oder im ganzen 12 1/2 Millionen Stück Druckschriften vor.

Diese Zahlen belegen deutlicher als alles andre, daß die Arbeitsgelegenheiten einer zahlreichen Menschenklasse, die ihren Unterhalt als Schönschreiber, Brief- und Kartenmacher, Stuhlschreiber, wandernde Lohnschreiber, gefunden hatten, endgültig vorbei waren. Jeder Versuch, diesen technischen Fortschritt zu hemmen, mußte scheitern. Nichtsdestoweniger forderte noch 1494 der oben erwähnte Abt Trithem von Sponheim auf, wegen der Buchdruckerkunst mit dem Abschreiben nicht aufzuhören, da Schriften auf Pergament an 1000 Jahre, Schriften auf Papier nur 200 Jahre halten könnten. In der Tat wurde bis ins 18. Jahrhundert hinein noch viel mit der Hand abgeschrieben, z. B. Chorbücher. Die traurigen Erfahrungen, die andere spätere technische Umwälzungen, z. B. in der Textilindustrie, für die Beteiligten oft im Gefolge hatten, scheinen indessen den Schreibern und Abschreibern erspart geblieben zu sein. Wie bereits Schöfer, der Heilige Gutenbergs, der ein alter Schönschreiber war, werden viele von seinen Berufsgenossen, die der neuen Kunst anfangs „feindselig gegenüberstanden, weil sie sich von ihr in ihrem Erwerb bedroht sahen“, später in den Dienst der Druckkunst getreten sein. Sie verdienten bei einiger Geschicklichkeit als Seher und Drucker wahrscheinlich ebensoviel wie als Schreiber, wenn nicht noch mehr. Ja, in der Übergangs-

zeit erwuchs den alten Lohnschreibern sogar noch ein beträchtlicher Verdienst, mußten doch all jene Handschriften, die weder leise noch käuflich zu erhalten waren, erst an Ort und Stelle abgeschrieben werden, um den Sehern dann als Sehvorlage dienen zu können. Infolgedessen ist nur vereinzelt von Arbeitslosigkeit infolge des Aufkommens der Druckkunst die Rede. So bittet 1525 in Straßburg ein Abschreiber den Rat um Anstellung, weil ihn durch den Druck der Bücher sein Lebensunterhalt als Schreiber entzogen worden sei. Die weltlichen Schreiber, die sich damals u. a. in Ulm, Wien, Brügge, Gent zu Zünften zusammengeschlossen hatten, gingen, wenn sie nicht zu alt dazu waren, fast Mann für Mann zur Buchdruckerkunst über. Auch die Mönche paßten sich dem technischen Fortschritt an und bebten sich schließlich „der mechanischen Hilfsmittel, da ihnen die Drucker eine schädliche Konkurrenz bereitete“. So errichteten die „Brüder vom gemeinsamen Leben“ bereits 1464 eine selbständige Druckerie in Marienthal, 1476 in Basel und Nostod, 1479 in Nürnberg usw. Ihnen folgten die Karthäuser, Minoriten und Benediktiner in Basel, Straßburg, Augsburg, Erfurt und andern Orten. Der Abt von Mannheim gründete 1472 in Augsburg eine Klosterdruckerie, um die Brüder zu beschäftigen, „ne essent otiosi“, damit sie nicht faulzogen.

Gutenbergs Erfindung zeichnet sich also vor andern dadurch aus, daß fast alle, die durch die neue Technik ihr Brot verloren hatten, durch die gleiche Technik infolge des außerordentlich folgenden Bedarfs an geistiger Nahrung wieder Arbeit fanden. Die geistigen Erzeugnisse wurden aus dem begrenzten Kreis der Gelehrten auf den allgemeinen Markt gebracht, auf dem eine riesige Nachfrage danach bestand. Dazu kam die Reformation, die mit ihren Streitschriften usw. zu einem gewaltigen Auftraggeber der Druckerien wurde. R. S. G. (Leipzig).

rungeigenschaften der Arbeiterschaft zu beseitigen und die wirtschaftspolitische Geltung der Gewerkschaften zu fördern. Da Wirtschaftsfragen Machtfragen sind, gelte es, dem Unternehmertum machtvolle Organisationen entgegenzusetzen. Die letzten Wahlen haben eine Regierung geschaffen, in welcher die Arbeiterschaft nicht vertreten ist; was dieses bedeutet, zeigen die erfolgten Angriffe. Mehr als bisher muß die Arbeiterschaft bemüht sein, politischen Einfluß zu erhalten. Im augenblicklichen Zeitpunkt genügt, in Defensivstellung zu verharran, gelte es um die Erhaltung der bestehenden Erwerbsverhältnisse. Das Unternehmertum respektiert nur die Macht der Organisation; es läßt sich nicht von revolutionärem Phrasengekluge von seinem Tun abhalten. Unflüchtige Verbundenheit, Vertrauen zu den Funktionären, eine allen Illusionen abholde Führung sind die Raders, an denen alle Angriffe scheitern werden. Die Forderung auf Herabsetzung der Arbeitszeit ist nicht allein vom Standpunkt der Arbeitlosen berechtigt, sondern sie liegt auch im Interesse der noch in Arbeit Stehenden. Durch diese wird das Gefühl der Verbundenheit beider Kategorien befestigt. Die Entlastung wird dafür sorgen, daß den Unternehmern die Räume nicht in den Himmel wachsen. Es gelte, der Kollegenchaft das Rückgrat zu stärken, sich in den Sparten zusammenzufinden. Verständlich sei es, daß bei den heutigen Verhältnissen der Gewerkschaften teilt; es kommt aber darauf an, welche Auswirkungen dieses zeitigt. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges heisst es Disziplin üben — nur die Organisation habe den Kampf zu führen. Um diese Kampffähigkeit zu erhalten, muß das Zusammengehörigkeitsgefühl, besonders in den Sparten, gefördert werden. Vereinfacht sei es, wo die Organisation große Anforderungen an die Mitglieder zu stellen gezwungen ist, bei Sparte und Bildungsverband zu sparen. Es ist jetzt nicht an der Zeit, die Erstfrage der Sparten auszurollen. Der Aufbau im Beruf — die Arbeitsteilung — mache es notwendig, daß sich die engeren Berufskollegen zu ihrer Interessensvertretung zusammenschließen. Es bedeutet dieses keine Gefahr für die Organisation, die ja die Spartenbildung anerkennt. Im weiteren berührt die Zusammenarbeit der Zentralkommissionen mit dem Verbandsvorstand und das Verhältnis der Handwerkerparteien zu den anderen Sparten. Bezugnehmend auf die Umschichtung im Gewerbe, wies Nebner auf die Notwendigkeit der Handwerkerparteien hin, um dann im Schluß seiner Ausführungen nochmals zu betonen, daß wir alle Ursache haben, zusammenzutreten im Kampf gegen das Unternehmertum. Die Empörung gegen die wirtschaftlichen Verhältnisse, gegen den Widerstand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung darf sich nicht gegen die Organisation und die Funktionäre auswirken. Der Verband sind wir — jeder einzelne muß seinen Mann stellen —, so werden wir auch die jegliche Krise siegreich überwinden. Beschäftigter Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen. Im Anschluß daran fand eine Aussprache statt über die durch den Schweinitz Artikel und durch die Ausführungen des Kollegen Krauß auf unserer Bezirksversammlung akut gewordene Sanierung unserer Verbandsfinanzen. Alle Redner sprachen sich für Beibehaltung der Unterstützungsfähigkeit unter Berücksichtigung der notwendig werdenden Beitragserhöhung aus. Kollege Böhning konnte in seinem Schlußwort die einhellige Meinung der Versammlung feststellen, daß sie in der Beitragserhöhung unter Beibehaltung der jetzigen Unterstützungsfähigkeit das Mittel erblickt, die Organisation in ihrer Schlagkraft zu erhalten und dahingehenden Maßnahmen des Vorstandes Verständnis entgegenbringt. Die Ausführungen des Kollegen Fiedler haben in der Spartenfrage Klarheit gebracht. Mit dem Wunsch, daß die zukünftigen Versammlungen von gleichem Geist besetzt sein mögen, fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Halle a. d. S. (Korrekturen). In ihrer Sitzung am 4. Juni beschäftigte sich unsere hiesige Vereinigung mit dem Bericht der Gauangabe der Korrekturenvereinigung in der Saale in Magdeburg vom 19. April (Nr. 40 „Korr.“). Die Mitglieder der Ortsgruppe Halle stellten sich ihren Vorstand und wiesen den Vorwurf „des egoistischen Gebarens der Zeitung“ zurück, da der Vorstand stets im Auftrag der Mitglieder gehandelt habe. Für die Korrekturenvereinigung Halle ist die Gauangelegenheit hiermit erledigt.

Hamburg. (Handwerker. — Vierteljahrsbericht.) Über Veranstellungen Besleheren und kollegialer Art, die durchweg sehr gut besetzt waren, können wir folgendes berichten: Ein Lichtbildvortrag „Paragraf 218“ fand am 25. April statt. Vortragender war Herr Dr. Neubaer, Vertrauensrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg. Eine gemütlche kollegiale Feiernabend schloß sich an. Einem Zerrentour nach Rietz-Lütjensee am 10. Mai nahmen über 80 Kollegen teil. Sie dirkte ihren Zweck der Förderung der Kollegialität und Solidarität vollumfänglich erfüllt haben. — Unsere Versammlung am 27. Mai in der Heimstätte war gut besetzt. Kollege Sartung gab unter „Vereinsmitteilungen“ das Ableben zweier Mitglieder bekannt. Die Ehrung gefolgt wie üblich. Kollege Senator Paul Neumann referierte über „Rufen und Leistungen der Wohlfahrtsbehörde in Hamburg“. In seinen einheitsstündigen Ausführungen streifte der Referent die anormalen Auswüchse der furchtbaren Erwerbslosigkeit. Gedächtnis Unterstreichung der Erwerbslosigkeit sei nicht die Hauptsache. Es müsse für Beschäftigung gesorgt werden. Heider Beifall dankte dem Referenten für seinen vorzüglichen Vortrag. Zur Diskussion wurde das Wort nicht gewünscht. Einige Anfragen erledigte Kollege Neumann persönlich mit den betreffenden Kollegen. Vorsitzender Cohn machte dann von verschiedenen jüngsten Mitteilung. Drei Anträge an die Buchdruckerberufsgenossenschaft wurden eingebracht, die wesentliche Verbesserungen der Vorarbeiten verlangen. Dem Wunsch der Bremer Handwerkerkollegen, eine Wanderversammlung in Bremen abzuhalten, soll bei genügender Beteiligung nachgegeben werden. Nach Verlesung des Rassenberichts vom ersten Quartal 1931 erteilte die Versammlung dem Kassierer, Kollegen Barth, Entlastung.

Hannover. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Unsere Generalversammlung fand am 8. März statt. Zehn Kollegen konnte für ihre jährliche Spartenzugehörigkeit die silberne Nadel überreicht werden. Der Jahresbericht des Vorsitzenden wurde beifällig aufgenommen. Der Vorstand wurde bis auf einen Kollegen, der eine Wiederwahl ablehnte, aufs neue bestätigt und eine Erziehungswahl vor-

genommen. — In der Aprilversammlung wurden zwei Gründer unseres Vereins, die Kollegen Richter und Wölkner, durch Überreichung eines Frühstückerbotes aus Anlaß ihres 50jährigen Verbandsjubiläums geehrt. 17 Neuausgewählte konnten der Sparte zugeführt werden. Der Antrag der Handwerker, die Überstunden mit einer Besteuerung von 50 Proz. zu belegen, fand keine Gegenliebe, da wir dessen Durchführung für undurchführbar halten, wie die Erfahrungen an anderen Orten ja auch bereits erwiesen haben. Reichsbahnoberinspektor Föster verfasste uns dann im Geiste den Genus einer Reise nach Salzburg, den Dolomiten, Venedig, dem Gardasee und Deutsch-Südtirol an Hand von vorzüglichen Lichtbildern, die uns die Schönheiten der Natur offenbarten, die leider zu genießen uns Proleten immer unerreichbar wird. — Während wir im allgemeinen gerade keine Ursache haben, über schlechten Versammlungsbesuch zu klagen, litt unter Versammlung am 20. Mai unter dem herrlichen Maienagel. Was eigentlich bei der ersten, bitteren Zeit, die wir zu durchwachen haben, nicht in Erscheinung treten dürfte. Die Krisenunterlagen haben Anlaß zu einer von kollegialen Geist getragenen Aussprache, nach welcher eine Entschließung einstimmig angenommen wurde, die vom Verbandsvorstand unbedingt festhalten an den alten Unterstützungsfähigen fordert, unter der Bereitwilligkeit, die zur Überwindung der Notzeit notwendige Beitragserhöhung zu tragen. Kollege Thiele erstattete Bericht von der Vorstandbesprechung, worauf Kollege Blume einen Vortrag hielt über das Thema „Reiseberichte und Ratsschlüsse eines jungen Kollegen“. — Kurze haben stattgefunden am Untersee, Heidelberg und Auto-Monopol. Die Miesle-Vertical lernten unsere Mitglieder durch vier Vorführungen an zwei Abenden auf einer Anfang Juni hier arrangierten Verbeausstellung kennen. Eine Anzahl Bestätigungen sind für das Sommerhalbjahr geplant. So werden wir in wenigen Tagen den Werdegang der „Conti-Graphit-Walze“ in den Contiwerken kennen lernen.

Heilbronn. In kurzer Aufeinanderfolge wurde uns durch Kollegen, Stadtrat Wilhelm Schwan, ein Vortrag über „Mietrecht“ und durch Volkshochschul-lehrer Thodor Heintz (Stuttgart) ein Vortrag über „Arbeitsrecht“ gehalten. Beide Redner, tiefgefürbende Kenner, brachten Zweck und Ziel der Gesetzgebung, Licht- und Schattenseiten aus der Praxis und, damit verknüpft, Kenntnis und Unkenntnis der Arbeiterschaft eindringlich zur Sprache. Namentlich das uns in gegenwärtiger Zeit neben dem Betriebsratsgesetz so stark Mißhalt gebende „Arbeitsrecht“ wurde durch die ausgezeichnete Vortragskunst des Lehrers Heintz aus dem Ergebnis. Seine Beschlüsse klangen darin aus, daß die Quelle des Arbeitsrechts der Zunahme der Gewerkschaften ihre Erstarkung verdankt. Die Forderung der deutschen Arbeiterbewegung nach Arbeitsrecht ist Forderung nach Menschenrecht. Jeder Kollege muß reiflos überzeugt werden, was uns das kostbare Instrument Arbeitsrecht für Gegenwart und Zukunft bedeutet. Vorherrscher Otto Heintz sprach den Wunsch aus, daß die Versammlung, die uns so sehr viel zu denken gab, Aufstakt werden möge, allen kommenden Stürmen tragen zu können.

Kaiserslautern. (Maschinenfeger.) Zu unserer Quartalsversammlung am 7. Juni hatten wir uns einen Vertreter von der Merzentaler Sechsmaschinenfabrik verpflichtet, der uns mit den Neuerungen, die in den letzten Jahren an der Molyopte erschienen sind, vertarakt machte. Wirklich interessant und nie langweilig wählte der Vortragende, Kollege Nietzsche, seinen Vortrag zu gestalten, so daß die Kollegen manches Wissenswerte dabei hörten. Nachdem der Punkt „Technisches“ noch eine kleine Aussprache über verschiedene Störungen gebracht hatte, wies der Vorsitzende auf unser 25jähriges Sitzungsfest hin. Zu bebauern war der außergewöhnlich schlechte Besuch, trotzdem man auch den Bildungsverband mit der Einladung bedacht hatte.

Rhin. Zu einer Konferenz der Bezirkskassierer hatte der Gauvorstand für den 14. Juni nach hier eingeladen, um u. a. zu der durch die große und dauernde Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Alle 18 Bezirke waren vertreten. Gauvorsitzer Fette leitete an Stelle des anderweitig verpflichteten Kollegen Köhner diese Konferenz. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er des durch Straßenbahnunglücksfall krank dancüberliegenden Kollegen Schindler (Düsseldorf), dem er baldige Genesung wünschte. Auch für den ausgeschiedenen Kollegen Franz Schütz, der jahrelang als Kassierer des Bezirks Bonn tätig war, fand er Dankesworte für die im Interesse der Organisation geleistete Arbeit. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen referierte Kollege Fette hierauf über „Unser Rassen- und Unterstützungswesen in der Gegenwart“. Nachdem er über die Rassengebung im Verband Aufschluß gegeben, gab er die Vorlage des Verbandsvorstandes betreffend Sanierung der Verbandskasse bekannt, zu der sich die einzelnen Gauvorstände zu äußern hatten. Der Gauvorstand habe in seiner letzten Sitzung auf dieser Vorlage bereits Stellung genommen, die der Referent bekanntgab und begründete. In der einsehenden Aussprache waren alle Vertreter der Ansicht, daß in erster Linie die Finanzen des Verbandes durch eine Beitragserhöhung aufgebessert werden müßten, daneben war die Meinung einstimmig, daß unsere Invaliden nicht geschädigt werden dürften. Im übrigen trat man den Beschäftigten des Gauvorstandes bei und beauftragte ihn, diese Wünsche dem Verbandsvorstand sofort zu übermitteln. Gauverwalter Mölleke hielt dann noch ein kurzes Referat über „Mietrecht aus der Praxis für die Praxis“. Die wichtigsten Darlegungen des Redners klärten manche Zweifelsfragen auf Verwaltungsstellen im Gebiet und auch in der Aussprache über diesen Punkt gab er noch wichtige Fingerzeige. Bei dieser Gelegenheit kamen von einzelnen Kassierern berechtigten Klagen über Kollegen, die sich von den Extrabehältnissen brüden wollen. Die Konferenz gab der Verwerflichkeit solchen Handelns von Kollegen, die meist noch in gutbezahlten Stellungen sind, beredten Ausdruck. Zum Schluß gab Kollege Fette dann bekannt, daß Kollege Köhner am Gewerkschaftscongreß in Frankfurt a. M. teilnehme. Auch sei der Beschluß betreffend Sonderbeiträge der Gewerkschafts- und Parteiangestellten sowie der in Staat und Kommune angestellten Kollegen vom Bundesauschuß des DGB. verlängert worden und für die Folge streng nach diesem Beschluß zu handeln. Es folgte noch die

Verlesung eines Rundschreibens des Verbandsvorstandes. Gegen 4 1/2 Uhr schloß Kollege Fette die Konferenz, die ihre Notwendigkeit durch die gestellten Beschäftigten, aber auch durch die gestellten Anfragen aus beste bewiesen habe.

Rhefeld. (Luste zweite Bezirkssammlung) am 31. Mai in Wierfen hatte unter schlechtem Besuch der Kollegen sehr zu leiden. Unter „Mitteilungen“ konnte der Vorsitzende berichten, daß der Invalidentfall eines Moejer Kollegen, der in der letzten Versammlung die Gemüter aufeinanderplagen ließ, zur Zufriedenheit des genannten Kollegen geregelt sei. Von verschiedenen Mitteilungen nahm die Versammlung Kenntnis. Es wurde auch nochmals auf die Abführung der Extrabehälter hingewiesen, da innerhalb des Bezirks sich Fälle zugetragen haben, wo man nicht nach den Weisungen des Verbandsvorstandes verfuhr. Zum Rassenbericht, der gedruckt war, gab der Kassierer Stauper noch einige mündliche Erklärungen, die zeigten, wie tief die augenblickliche Wirtschaftskrise in die Finanzen eingreift. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Abschluß folgte der Hauptpunkt der Tagesordnung, der Vortrag: „Wirtschaftspolitische Gegenwartsfragen“, unter zweiten Gauvorsitzers Fette. Er vertrat uns meisterhaft, den Kontakt zwischen Redner und Hörer bis zum Schluß seiner Ausführungen aufrechtzuerhalten. Mit großem Beifall wurde der Vortrag aufgenommen und die darauf einsehende Aussprache bewegte sich vornehmlich in finanziellen Erörterungen. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß der Verbandsvorstand alles daran setzen möge, um die Schlagkraft der Organisation zu erhalten. Der Solidaritätsgedanke der Buchdrucker bestesse nach wie vor. Es erfolgte noch die Entgegennahme von Berichten des Kollegen Hemmersbach über die Jugendleiterkonferenz und die des Kollegen Boelen über eine Fachausbildung. Als Tagungsort der nächsten Versammlung, wozu M. Glöblich an der Reihe war, wurde vom Bezirksvorstand der Ort vorgeschlagen, da er zentral gelegen und die Bezirkskasse hinsichtlich der Ausgaben stark entlastet. Diefem wurde von der Versammlung zugestimmt mit der Maßgabe, daß wenn ein Ortsverein in seinen Mauern unbedingt eine Tagung wünsche, dem auch stattgegeben würde.

Wannheim. In unserer Bezirkssammlung am 30. Mai, die besser hätte besetzt sein können, berichtete der Vorsitzende Schramm nach Erlebigen von Aufnahmen über das Ergebnis der Zwischenprüfungen, die im allgemeinen nicht schlecht ausgefallen sind. Die getroffenen Maßnahmen zu einer Teilsillegung müßten seitens des betreffenden Betriebes vorläufig zurückgenommen werden. Das Johannistfest wird in einem Vorort im „Wolfsbau“ abgehalten werden, nachdem der Plan, es mit den Heidelberger Kollegen zu begehen, fallen gelassen werden mußte, da selbige von einer eigentlichen Feier Abstand nehmen. Kollege Enselde berichtete über das Ergebnis des Zirkulars an die hiesige Gewerkschaft, um dem Maternunwesen zu steuern. Es sind einige Mißäußerungen erfolgt in unserm Sinne. Hierauf referierte Gewerkschaftssekretär Feltgen über: „Wirtschaftskrise und Arbeitszeitverkürzung“, ein Thema, mit dem sich, wie der Referent ausführlich, Nationalökonomien und Wirtschaftsverbände schon viel beschäftigt haben und zu dem in unzähligen Resolutionen Vorschläge niedergelegt sind. Die verschiedenen Weltanschauungen auf diesem Gebiet, Kapitalismus und Sozialismus, zingen miteinander. Während die Unternehmern zur Sanierung der Wirtschaft Abbau der Soziallasten, der Löhne und Beseitigung der Tarife fordern, stehen demgegenüber die Forderungen der Gewerkschaften auf Verärzierung der Arbeitszeit, Hebung der Kaufkraft und Regelung der Produktion. In eingehender Weise kam der Referent auf die Ursachen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu sprechen. Zur Beseitigung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit haben alle europäischen Regierungen versagt. Eine ausgiebige Distanzion setzte ein, die sich im allgemeinen, von Einzelheiten abgesehen, den Ausführungen des Referenten anschloß. Der Vorsitzende begrüßte es, daß der Referent nicht in der 40-Stunden-Woche allein das Mittel sieht. Der Einfluß der organisierten Arbeiterschaft müßte gestärkt werden, nur deren Einigkeit und Geschlossenheit könnte den unheilvollen Auswirkungen der privatkapitalistischen Wirtschaft entgegenwirken. Im Schlußwort ging der Referent auf die verschiedenen Ausführungen ein, dies und jenes richtigstellend.

Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Mai 1931 (herausgegeben am 18. Juni 1931) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Kurzarbeiter am Ende des Monats	
	Mai 1930	Mai 1931	Mai 1930	Mai 1931
Buchdrucker	13,4	23,0	1,0	4,4
Lithographen u. Steinbrücker	15,4	20,7	6,5	12,8
Graphische Hilfsarbeiter	14,8	22,7	3,0	8,3
Buchbinder	10,6	27,6	22,8	29,7

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende Mai 1931 auf 30,4 Proz. bzw. 17,1 (gegen 19,8 bzw. 11,7 Proz. Ende Mai 1930).

Buchdrucker-Wochenend in Gera. Am 13. und 14. Juni hatten sich mehr als 500 Buchdrucker aus dem Kreise Leipzig des Bildungsverbandes in Gera versammelt. Erreuerlicherweise waren auch viele Jungbuchdrucker unter den Teilnehmern vertreten. Das Programm der Veranstaltung wurde den zeitgemäßen Anforderungen in jeder Beziehung gerecht, und sicherlich haben die Teilnehmer mancherlei Anregungen und viel Wissenwertes für ihren Beruf mit nach Hause nehmen können. Am Sonnabendmittag wurde die mit dem Wochenende verbundene fachtechnische Ausstellung in der „Stadthalle“ zu Gera durch den Vorsitzenden der dortigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes, Kol-

